Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 109 (1976)
Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 11

Organ des Bernischen Lehrervereins
109. Jahrgang. Bern, 12. März 1976

Organe de la Société des enseignants bernois
109e année. Berne, 12 mars 1976

† Walther Kasser, Spiez

Ein Schulmann besonderer Prägung

Als im Jahre 1971 im Schloss Spiez die Ausstellung «Rebe und Wein in der Schweiz» eröffnet wurde, wartete eine Sängergruppe des Männerchors Spiez, unter ihnen der 85jährige alt Schulinspektor Walter Kasser, mit wohlklingenden, frischen Liedervorträgen auf. Einen Monat später verlieh die Einwohnergemeindeversammlung von Spiez dem betagten Sänger und hochverdienten Schulmann «in dankbarer Anerkennung seiner grossen Verdienste um die kulturelle Entwicklung von Spiez» das Ehrenbürgerrecht. Bald einmal meldeten sich die Beschwerden des Alters, und am vergangenen 14. Februar erlosch die Lebensflamme des 90jährigen Greises, der ungezählten Mitmenschen ein gütiger Helfer und Berater gewesen ist.

Walther Kasser erblickte am 12. Juni 1886 im Schulhaus Orpund als ältestes Kind des Lehrers und späteren Schulinspektors Ernst Kasser das Licht der Welt. In den ersten Schuljahren wurde er von seiner Mutter unterrichtet. Dann besuchte er von Orpund aus das Progymnasium und anschliessend das Gymnasium in Biel. Nach erfolgreich bestandener Maturitätsprüfung trat er in die Lehramtsschule der Universität Bern ein und bestand 1907 das Sekundarlehrerexamen mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung. Er fand sogleich eine Anstellung an der neugegründeten Sekundarschule in Pieterlen. Später erweiterte er während eines Semesters sein Wissen an der Universität Lausanne. Kurz darauf schloss Walther Kasser den Bund des Lebens mit Frl. Ida Schwarz aus Biel. Im Herbst 1912 erfolgte seine Wahl an die Sekundarschule Spiez. Das Verlassen des seeländischen Heimatbodens fiel ihm nicht leicht, rasch fühlte er sich indessen im Oberland heimisch und entfaltete in seinem neuen Wirkungsort eine vielseitige und fruchtbare Tätigkeit. Seine reichen Geistesgaben stellte er vorab den beruflichen Organisationen zur Verfügung. Er übernahm das Präsidium des Lehrervereins Frutigen-Niedersimmental und wurde in den Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins gewählt, wo er ebenfalls den Präsidialposten innehatte. Er gehörte ferner der Lehrplankommission für die Sekundarschulen sowie der Verwaltungskommission der Bernischen Lehrerversicherungskasse an. Starke Beachtung fanden seine vielen Artikel im Berner Schulblatt und in der Schulpraxis, in denen er sich vorwiegend mit methodischen und pädagogischen Problemen befasste. Im Frühjahr 1932 erfolgte seine Wahl zum Schulinspektor. Walther Kasser übernahm den Kreis II, umfassend die Amtsbezirke Frutigen, Nieder- und Obersimmental und Saanen (später Thun-Land). Nach vorbildlichem Wirken trat er anfangs 1953 zurück, und im gleichen Jahr verlor er seine Gattin.

Sehr zugetan war Walther Kasser zeitlebens der Musik und dem Gesang. In jungen Jahren förderte ihn der Münsterorganist Ernst Graf im Orgelspiel und in der Kirchenmusik. 1920 wurde er zum Präsidenten des Bernischen Organistenverbandes gewählt. In Zusammenarbeit mit Ernst Graf wurde der Zusammenschluss der bestehenden Organistenverbände in der reformierten Schweiz verwirklicht. Verbunden damit wurde die Schaffung des Verbandsblattes «Der Organist». Weitere Verdienste erwarb sich Walther Kasser als Veranstalter von Abendmusiken und Konzerten in verschiedenen Kirchen des Bernerlandes. In Spiez war er lange als Organist und Klavierlehrer tätig, ferner als Präsident des Männerchors.

1938 erfolgte seine Wahl in den Vorstand und zugleich in den Betriebsausschuss der Radiogenossenschaft Bern und wenige Jahre später in den Zentralvorstand der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft. Auch auf dem Gebiet des Kirchenwesens erwarb sich Walther Kasser bleibende Verdienste. Er war Präsident des Kirchgemeinderates Spiez, Präsident der kirchlichen Bezirkssynode Frutigen-Niedersimmental, Mitglied der kantonalen Kirchensynode und zuletzt Baukommissionspräsident beim Kirchenbau in Faulensee. In seiner Eigenschaft als Synodalrat war er mitbeteiligt an der Vorbereitung des neuen Kirchengesetzes, der Kirchenverfassung und des Kirchengesangbuches.

Auch auf dem Gebiet der Fürsorge begegnen wir dem unermüdlichen, vitalen Schaffer; er war Kassier der oberländischen Asyle «Gottesgnad» und Direktionsmitglied des oberländischen Erziehungsheims «Sunneschyn» in Steffisburg.

Inhalt – Sommaire

† Walter Kasser, Spiez 105
Berichtigung 106
Bernische Vereinigung für Handarbeit und Schulreform 106
Die musikalische Grundschulung 106
Lehrerveteranen der Region Bern 107
Versammlung der Sektion Seftigen 107
Tagung der Vereinigung pensionierter Lehrkräfte der Region Thun 108
Kantonales Haushaltungslehrerinnenseminar Bern 108
Staub und Rauch 108
Compte rendu de l'Assemblée extraordinaire des délégués de la Société des enseignants bernois 109
Faut-il supprimer les doubles salaires? 114
Mitteilungen des Sekretariates 114
Communications du Secrétariat 114

Der Gemeinde Spiez diente Walther Kasser als Sekretär und Präsident des Verkehrsvereins, als Gemeinderat, Vizegemeindepräsident, Feuerwehrkommandant, Kommandant der Luftschutzkompanie Spiez und Mitglied verschiedener Kommissionen. Man schätzte ihn auch als vorbildlichen Grossmeister der schweizerischen Freimaurerloge Alpina, deren Ideale und Ziele für ihn bis zu seinem Lebensende wegleitend waren.

Trotz seiner Verwurzelung im Oberland vergass er sein geliebtes Seeland nie. Als er seinen 75. Geburtstag feierte, suchte er mit seinen Angehörigen das Seeland auf. Über diesen Ausflug äusserte er sich wie folgt: «Es war für alle ein Erlebnis, die Schönheit des Seelandes zu erfühlen und zu ahnen, wie diese weiche Schönheit einen Charakter zu formen vermag». Bestimmt hat sie auch seinen Charakter geformt und gefestigt. Wenn man sein Lebenswerk überblickt, dann bewundert man die Schaffenskraft dieses hervorragenden bernischen Schulmannes, der sowohl der Jugend wie den Erwachsenen jederzeit ein Vorbild gewesen ist. Er stellte seinen klaren Geist und sein warmes Herz in den Dienst der Mitmenschen und streute eine Saat aus, die noch lange gute Früchte hervorbringen wird. Ehre seinem Andenken. *H. H.*

Berichtigung

Die heutige Zeit ist sehr kurzlebig. Nur so kann ich es mir erklären, dass unsern Kollegen in Biel in ihrem Artikel «Falsch verstandene Demokratie» ein Irrtum unterlaufen ist. Sie schreiben im BSB Nr. 9 vom 27. Februar 1976: «... Von Seiten der Führungsgremien des BLV ist man bestrebt, die wenn auch manchmal nur latent vorhandene Unzufriedenheit der Sekundarlehrer zu beseitigen, indem darauf abgezielt wird, durch eine weitgehende Verschmelzung der Primar- und Sekundarlehrerschaft den letzteren die bis heute sowieso nur noch spärliche Selbständigkeit gänzlich zu entziehen.

Mit der Wahl des Exponenten und Verfechters dieses Kurses zum Zentralsekretär des BLV wurde nur noch das Pünktchen auf das i gesetzt...»

Der falsche Gedankenschluss wird offensichtlich, wenn ich daran erinnere, dass der Kantonalvorstand des BLV in seiner Sitzung vom 7. November 1975 mit 15 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltungen Herrn Pierre Logos im Einervorschlag zur Wahl als Zentralsekretär vorgeschlagen hat.

Ist diese Tatsache nun das Pünktchen des i? Oder zählt der Kantonalvorstand nicht zu den Führungsgremien des BLV? *Hans Perren, Präsident des KV BLV*

Bernische Vereinigung für Handarbeit und Schulreform

Unter dem Vorsitz von Gottfried Wälti fand am 17. Januar 1976 in der neuen Aula der Feusi-Rüedi-Schulen die Hauptversammlung der Bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform statt.

Laut Jahresbericht des Präsidenten beteiligten sich im vergangenen Jahr an 22 Kursen insgesamt 304 Kolleginnen und Kollegen, was beweist, dass immer wieder eine grosse Nachfrage besteht, freiwillige Lehrerfortbildungskurse zu besuchen.

Die Grundkurse Holzarbeiten mussten der hohen Anmeldezahlen wegen sechsfach geführt werden. Während die zusätzlichen Kredite von den Behörden sofort bewilligt wurden, war es ziemlich schwierig, genügend Kursleiter für diese vierwöchigen Kurse zu finden. Da sich für diese Kurse auch immer einige Kolleginnen melden, dabei aber körperlich meistens überfordert werden, stellte sich die Frage, ob in Zukunft nicht ein besonderer Grundkurs Holzarbeiten für Lehrerinnen ausgeschrieben werden sollte.

Der Vorsitzende dankte allen Behörden, die immer wieder die Durchführung dieser Kurse ermöglichen helfen, aber auch den Kursleitern, die sich zur Verfügung stellten, sowie den Vorstandsmitgliedern für ihre Mitarbeit.

Mit 1690 Mitgliedern auf Ende 1975 ist der Bestand der BVHS bei 104 Eintritten und 118 Austritten fast gleich geblieben.

Die von Kassier Fritz Friedli mit diesem Jahr zum 20. Mal abgelegte Jahresrechnung wurde von den Anwesenden mit grossem Beifall gutgeheissen.

Bei einem Umsatz von 87 969 Franken schloss sie mit einer Vermögensvermehrung von 1690 Franken ab. Wie wichtig ein gewisses Vereinsvermögen sein kann, zeigte sich im Verlaufe des letzten Jahres. Infolge irgend eines Regiefehlers wurde dem Kassier das Geld für abgeschlossene Kurse während längerer Zeit nicht angewiesen; so musste zur Überbrückung des finanziellen Engpasses das gesamte Vereinsvermögen eingesetzt werden.

Der Jahresbeitrag für Mitglieder wurde auf 5 Franken belassen.

Zum Wahlgeschäft lagen dieses Jahr keine Demissionen aus dem Vorstand vor. Präsident und Mitglieder wurden von der Versammlung für zwei Jahre wiedergewählt. Für den als Rechenpassator zurücktretenden Fritz Matter, Köniz, wurde Hannes Jäggi, Fraubrunnen, gewählt.

Da im Sommer 1976 die 85. Schweizerischen Lehrerbildungskurse in Thun durchgeführt werden, wurde das Tätigkeitsprogramm 1976 der Bernischen Vereinigung entsprechend reduziert. Es sollen 10 Kurse zur Ausschreibung gelangen. (Siehe Ausschreibung: Kursprogramm 1976 BVHS.)

Des weitern wurde noch auf den Bericht «Lehrerbildung von morgen» hingewiesen, den eigentlich alle Kolleginnen und Kollegen gründlich studieren sollten. Falls die Lehrerausbildung auf 5 oder 6 Jahre verlängert wird, wäre damit zu rechnen, dass die Grundausbildung in Handfertigkeit sicher teilweise, eventuell sogar vollständig im Seminar erfolgen würde.

Im Anschluss an die Hauptversammlung folgten unter dem Motto «Handfertigkeit einmal anders» die verblüffenden magischen Tricks des Zauberkünstlers Olaf Spell. *ab*

Die musikalische Grundschulung

Kurzinformation

Die musikalische Grundschulung als erster Schritt in der Musikerziehung wendet sich an 6–8jährige Kinder und vermittelt ihnen erste Kontakte zur Musik, um ihnen in einer späteren Phase den Zugang zum Gesang, zum Instrumentalunterricht, zur Musik überhaupt zu erleichtern. Die Kinder werden in Gruppen von 8–12 Schülern wöchentlich während einer Lektion auf spielerische Art

und Weise mit der Musik vertraut gemacht. Viele dieser Kinder erleben in der Grundschule zum erstenmal bewusstes Hören und «Sich-Vertiefen» in die Musik. Die Schüler werden angeleitet, sich auch selber musikalisch zu betätigen, sei es nun im Singen von Melodien und Liedern oder im Spiel einfacher Instrumente wie Schlaghölzer, Orff'sche Instrumente usw.

Mit Hilfe dieser ersten musikalischen Erlebnisse werden aber auch allgemeine Erziehungs- und Bildungsziele angestrebt, denn jede musikerzieherische Tätigkeit erfordert die Schulung und Ausbildung des Gehörs, des Gedächtnisses, der Reaktion und der Konzentration sowie der inneren und äusseren Disziplin. Dadurch werden Fantasie, Gemütskräfte, Begriffsbildung und Bewegungsempfinden angeregt und gefördert.

Die musikalische Grundschulung als Bestandteil der Musikerziehung leistet in diesem Sinne einen wesentlichen Beitrag zur Gesamterziehung der Kinder und will verstanden sein sowohl als Erziehung zur Musik wie auch als Erziehung durch Musik.

In den letzten Jahren hat die musikalische Grundschulung schon in verschiedenen örtlichen Musikschulen Einzug gehalten. Aufgrund des guten Erfolgs wird sie in den bernischen Primarschulen als Wahlfach «Instrumentalunterricht» im 1. und 2. Schuljahr eingeführt.

Kursbericht

In wenigen Wochen geht der erste von der Zentralstelle für Lehrerfortbildung durchgeführte Jahreskurs «Musikalische Grundschulung für bernische Primarlehrerinnen» zu Ende. 27 Kursteilnehmerinnen werden den Kurs, der rund 140 Kursstunden umfasst, abschliessen. Sie werden einen Ausweis erhalten, der zum Erteilen des Wahlfaches Instrumentalunterricht berechtigt.

Die Kursteilnehmerinnen trafen sich jeden Mittwochnachmittag, um unter der Leitung von Astrid Eichenberger, Muriel Junghäni und Lisbeth Mumenthaler ihre musiktheoretischen Kenntnisse aufzufrischen und zu erweitern, intensive Bewegungsschulung zu betreiben und sich in die Methodik und Didaktik dieses Unterrichts einzuarbeiten. Hanspeter Brand und Ernst Weber erteilten Stimmschulungsunterricht, und bei Hansmartin Stähli erhielten wir Einblick in Klangexperimente. Dazu hospitierten wir mehrere Stunden und absolvierten ein Praktikum an einer Grundschulgruppe. Im nächsten Herbst, nach einem halben Jahr Praxis und eigenen Erfahrungen, treffen wir uns zu einer Intensivwoche, um die Ausbildung auf einigen Gebieten noch zu vertiefen.

Obwohl der Aufwand an Zeit und Kraft beträchtlich war, schauen wir Kursteilnehmerinnen befriedigt und dankbar auf das zu Ende gehende Kursjahr zurück. Die Kursleitung verstand es ausgezeichnet, uns ausser dem nötigen Sachwissen vielfältige Anregungen zu vermitteln und uns mit ihrer Begeisterung anzustecken. Gute Kameradschaft und Zusammenarbeit begleiteten den ganzen Kurs. Wir danken den Lehrkräften herzlich für ihre grosse Arbeit, sowie der Zentralstelle für die Organisation.

Ein neuer Kurs beginnt im Frühling 1976 (vgl. Heft Lehrerfortbildung 8 Bern). Er sei Kolleginnen, die sich für die musikalische Grundschulung interessieren, warm empfohlen. *Käthi Krüger, Maria Schmid*

Lehrerveteranen der Region Bern

Wir haben im Spätherbst des letzten Jahres unsern frühern langjährigen Präsidenten, Sekundarlehrer Fritz Engler, zu Grabe geleitet. Er starb nach einem reich erfüllten Lehrerleben im hohen Alter von 82 Jahren nach längerer Krankheit.

Alle Pensionierten der Lehrerversicherungskasse des Kantons Bern haben dem damaligen Obmann der Lehrerveteranen viel zu danken. Wie sein Vorgänger, G. Bütikofer, der heute 90jährig noch an unsern Beratungen und Versammlungen teilnimmt, setzte er sich zielbewusst und unermüdlich für die Pensionierten ein.

Unterstützt durch die aktive Lehrerschaft, erreichte er die notwendige und gerechte Besserstellung der Pensionierten und ihre Eingliederung als vollberechtigte Mitglieder der Lehrerversicherungskasse. Dass heute unsere Pensionen und Teuerungszulagen durch Beschluss des Grossen Rates festgelegt werden, war zu seiner Präsidialzeit noch Wunsch- und Fernziel.

Wir danken dem ehemaligen Obmann und Kantonalpräsidenten, dem unentwegten Verfechter unserer Sache vor allen Instanzen, für seine grosse gemeinnützige Arbeit.

Für die Lehrerveteraninnen
und -veteranen der Region Bern
P. Locher

Versammlung der Sektion Seftigen

Eine eher bescheidene Anzahl Sektionsmitglieder versammelte sich am 25. Februar um 16 Uhr im Vortragssaal der Schulwarte Bern.

Der geschäftliche Teil nahm wenig Zeit in Anspruch, so dass bald zum zweiten, eigentlichen Teil übergegangen werden konnte: Herr Peter Kormann, Vorsteher der Schulwarte, hatte sich gerne bereit erklärt, uns Einblicke in sein «Reich» zu geben. Sein einführendes Referat: «Die Schulwarte heute und morgen» zeigte die Entstehungsgeschichte dieser Stiftung, die dazu bestimmt war, als «hohe Warte» einen wichtigen Dienst an den bernischen Schulen zu versehen. Heute steht die Schulwarte am Anfang eines grossen Umbruchs, Herr Kormann ist mit seinen Mitarbeitern daran, den Bestand des gesamten Materials zu sichten und neu aufzubauen. Ein Rundgang durch die Räume der Schulwarte liess uns ahnen, wieviel zeitraubende Kleinarbeit schon geleistet wurde und noch nötig sein wird, um die vielseitigen Zukunftspläne zu verwirklichen.

Wir dürfen berechtigte Hoffnungen auf unsere zukünftige bernische Schulwarte setzen. Von Seiten der Lehrerschaft wird vorläufig noch Geduld und Verständnis für Verzögerungen nötig sein. Mit zusätzlichem Personal könnte der Neuaufbau wesentlich vorangetrieben werden. (Eventuell Arbeitsmöglichkeiten für Lehrer.)

Herr Kormann ist gerne bereit, auch andern Sektionen Einblicke in seine Pläne und Arbeiten zu geben, auch Anregungen entgegenzunehmen und die Schulwarte für Sektionsversammlungen zur Verfügung zu stellen!

M. B.

Tagung der Vereinigung pensionierter Lehrkräfte der Region Thun

Die 13. ordentliche Hauptversammlung der Vereinigung pensionierter Lehrer und Lehrerinnen der Region Thun, erstmals geleitet vom neugewählten Präsidenten Robert Thöni aus Gunten, fand bei gutem Besuch im Restaurant «Bären» in Steffisburg-Dorf statt. Ehrend und mit dem Absingen des Beresinaliedes wurde der seit der letzten Jahresversammlung verstorbenen Mitglieder gedacht; es sind dies: Frau Greti Bärfuss-Zimmermann in Dürrenast, Frl. Martha Schneider in Spiez (früher in Heimisbach), Frau Rosette Junker-Sommer in Hünibach, Frl. Rosa Aerni in Hilterfingen (früher in Oberhofen), Hermann Buchs in Heimberg, Franz Neuenschwander in Thun (früher in Gurzelen) und Bertha Burren in Steffisburg. Ferner wurden folgende Veteranen, die seit der Hauptversammlung 1975 das 80. Lebensjahr zurückgelegt haben, geehrt: Werner Baumgartner in Thun und Frau Alice Güdel in Hünibach. Dem ältesten Mitglied der Vereinigung, Elisabeth Müller in Hünibach, wurde anlässlich ihres 90. Geburtstages im Herbst des vergangenen Jahres eine kleine Überraschung bereitet. Präsident Thöni konnte hierauf 16 neue Mitglieder begrüssen. Dann hielt er in einem flotten Jahresbericht Rückschau auf die letztjährige Tätigkeit. Allen seinen Helferinnen und Helfern dankte der Präsident bestens. Seine gründliche und sorgfältige Arbeit wurde von Vizepräsident Erich Tschabold lobend gewürdigt. Genehmigt wurde hierauf die von Jakob Stähli sauber abgelegte Jahresrechnung. Der Jahresbeitrag soll – trotz erheblichen Posttaxenerhöhungen! – vorderhand unverändert bleiben. Das neue Tätigkeitsprogramm sieht vor: eine Halbtagsfahrt im Mai nach Riggisberg und Besuch der Abegg-Stiftung, ein Tagesausflug im Juli ins Wallis, eine viertägige Reise in der zweiten Hälfte September in die Provence und die traditionelle Adventsfeier am 8. Dezember in der Johanneskirche in Dürrenast. Rasch erledigt wurden die Wahlgeschäfte. Nach 10jähriger pflichtbewusster Kassaführung trat Jakob Stähli als Säckelmeister zurück. Er durfte für sein treues Wirken als Zeichen des Dankes unter Beifall ein Geschenk entgegennehmen. Zu seinem Nachfolger wählte die Versammlung Hans Tschabold aus Thun. Ferner schieden aus dem Vorstand der Mitgründer und erste Präsident der Vereinigung, Werner Grimm in Oberhofen, sowie die beiden frühern Vizepräsidenten und langjährigen Vorstandsmitglieder Ernst Burren in Steffisburg und Hans Graf in Forst; alle drei haben sich um das Wachstum und Gedeihen der Vereinigung sehr verdient gemacht. Neu kamen in den Vorstand Willy Rindlisbacher in Thun und Alfred Hadorn in Wattenwil. Ferner wurden gewählt Präsident Robert Thöni als Delegierter der Abgeordnetenversammlung des BLV und Robert Thöni und Walter Lory (Steffisburg) als Delegierte des Kantonalkomitees. Im Verschiedenen regte die Sekretärin, Frl. Martha Lüthi aus Thun, Weiterbildungskurse für Pensionierte an; ein erster Versuch sollte mit einem Italienischkurs gemacht werden. Der Vorstand wird die Bedürfnisfrage abklären. Nach dem geschäftlichen Teil, der von munterem Gesang umrahmt wurde, bot sich Gelegenheit zu einem frohmütigen kollegialen Beisammensein.

H.

Kantonales Haushaltungslehrerinnenseminar Bern

Ausstellung der Patentarbeiten

Samstag, 13. März, 14–17 Uhr
Sonntag, 14. März, 14–17 Uhr
Montag, 15. März, 14–17 Uhr
Dienstag, 16. März, 14–17 Uhr

Staub und Rauchen

Die bronchitischen Symptome – hartnäckiger Reizhusten, starker Auswurf, Atemnot – sind vor allem bei Personen zu beobachten, deren Arbeitsplätze besonders intensiven Staubeinwirkungen ausgesetz sind. Ferner führt das Rauchen von mehr als zehn Zigaretten im Tag zur Verstärkung der Symptome, während «mässiges» Rauchen (unter zehn Zigaretten täglich) zu den gleichen Krankheitserscheinungen führt wie intensive Staubexposition am Arbeitsplatz.

Die Ergebnisse wurden an einem Kollektiv von fast 14 000 Personen gewonnen. Es handelte sich vorwiegend um Männer im Alter zwischen 20 und 69 Jahren aus Steinkohlengruben, Hütten- und Zementwerken, aus der Keramik- und Asbestindustrie und aus Maschinenfabriken. An der Erhebung und Auswertung der Studie waren sieben Institute und Kliniken aus Erlangen, Mörs, Bochum, Saarbrücken, München, Recklingshausen und Heidelberg beteiligt. Die Untersuchung nahm fünf Jahre in Anspruch (1966 bis 1970); sie kostete rund 3,5 Millionen Franken.

Schweiz. Vereinigung gegen Tuberkulose und Lungenkrankheiten, Bern

Compte rendu de l'Assemblée extraordinaire des délégués de la Société des enseignants bernois

Mercredi 10 décembre 1975, 14 h. 30, à la grande salle du Centre de conférences ALFA, à Berne

Pour la première fois de son histoire, une assemblée des délégués de la SEB avait lieu «sous terre», mais ce n'est certainement pas cette raison qui poussa les délégués à regagner l'air libre au terme d'une heure et quart de séance. La grande salle du Centre ALFA convenait fort bien à l'organisation d'une assemblée – on y trouve en effet des installations de traduction comme dans la salle du Grand Conseil; les deux excellentes responsables de la traduction simultanée (Mlle E. Kästli et Mme B. Neuenschwander) ont pu à nouveau remplir leur tâche délicate.

Les débats de l'assemblée se sont déroulés en un temps relativement court, selon un ordre du jour qui proposait aux délégués les affaires suivantes (pour décision ou pour information): Procès-verbal de la dernière assemblée des délégués / Information sur le résultat de la votation générale ayant trait à l'élection d'un nouveau secrétaire central / Intégration dans les statuts du Règlement sur l'organisation des enseignants primaires / Amélioration de la formation des enseignants primaires / Procédure de séparation entre la SEB et les collègues du Jura-Nord dans la perspective de la création d'un canton du Jura / Election de délégués à l'ASE (SLV) / Modification des contrats avec certaines associations / Admission de catégories d'enseignants encore incomplètement incorporées à la SEB / Divers et imprévu.

Le président *Fritz Gerber de Zweisimmen* renonçe à saluer personnellement les invités et à lire les lettres d'excuses. Après quelques paroles de bienvenue, il ouvre l'assemblée en faisant procéder à la nomination des scrutateurs (Jörg Schulz d'Eriswil et Hans Graf de Thoune) et à celle des traducteurs d'éventuelles propositions émanant de membres de l'assemblée (Ernst Kramer d'Oberbourg et André Schwab de Bienne).

Le procès-verbal de l'Assemblée des délégués du 23 avril 1975 (paru dans l'«Ecole bernoise» du 11 juillet 1975) est approuvé à l'unanimité et le président en remercie son auteur.

A propos de l'élection du nouveau secrétaire central

Le président informe ensuite l'assemblée sur les résultats de la votation générale qui viennent d'être rassemblés par le bureau de l'Assemblée des délégués au terme d'un travail de dépouillement de plusieurs heures effectué le matin même. *Moritz Baumberger* est élu avec 1862 voix sur une majorité absolue de 1592 voix. (Pour le résultat détaillé de cette votation, prière de consulter l'«Ecole bernoise» No 50 du 19 décembre 1975).*

* Les résultats propres à chaque section ont paru dans le No 4 du 23. 1. 1976. Sur les 35 sections que compte la SEB, 24 se sont prononcées en faveur de M. Baumberger.

L'assemblée accueille ce résultat par de longs applaudissements puis le *président Gerber* s'adresse en ces termes aux délégués:

«Il m'incombe, en tant que président de l'Assemblée des délégués, l'honneur de féliciter cordialement le secrétaire central nouvellement élu. Je lui transmets mes vœux les meilleurs dans sa future fonction qui n'est pas exempte de difficultés.

»Nous remercions les autres candidats qui se sont intéressés à la place et en particulier M. Logos qui a échoué honorablement. Nous formons pour son avenir personnel et professionnel tous nos vœux de réussite.

»La Société attend beaucoup du nouvel élu. Ses devoirs sont prescrits dans les statuts, mais ils ne fixent qu'un cadre pour le travail lourd et difficile à accomplir.

»La lutte électorale fut animée, quelquefois tendue. Elle a provoqué quelques remous. Actuellement elle est terminée et les vagues doivent également se calmer.

Tensions, préjugés et malentendus doivent pouvoir être abandonnés; l'émotion doit céder le pas à l'ojectivité.

»Aussi bien le candidat du Comité cantonal que M. Baumberger ont insisté sur le fait qu'ils tenaient à l'unité et à la cohésion de la SEB et que le nouveau secrétaire central devait être au service de tout le monde.

»Nous attendons des membres de la Société, qu'à l'issue de cette lutte électorale, ils acceptent le verdict des urnes et qu'il reportent leur confiance, de façon collégiale, sur l'élu de la majorité, même s'ils ont voté pour un autre candidat ou même s'ils se sont abstenus.

»Nous entrons dans une période difficile et mouvementée et nous avons à résoudre des problèmes difficiles. Nous devons travailler ensemble et mettre de côté les intérêts de groupes. Souvenons-nous, qu'indépendamment du degré où nous enseignons, nous sommes tous des *maîtres* et, en tant que tels, nous avons des devoirs communs et des buts communs.

»Dans l'accomplissement de ces devoirs et dans la poursuite de ces buts, le nouveau secrétaire central devra remplir une mission essentielle. Pour cette raison, nous lui transmettons nos vœux les meilleurs.»

Le nouvel élu, auquel la SEB remet un bouquet de fleurs, remercie alors le corps enseignant pour la marque de confiance qu'il vient de lui témoigner et déclare accepter sa nomination (la déclaration du nouveau secrétaire central a paru en même temps que les résultats de la votation dans le No 50 du 19. 12. 1975).

Intégration du Règlement N° 12 (Organisation des enseignants primaires) dans les statuts

Il appartient tout d'abord à *Markus Bürki, président du Comité directeur*, d'apporter aux délégués les informations suivantes:

«Lors de l'Assemblée des délégués ordinaire 1975, vous avez approuvé la proposition suivante émanant de la Conférence des présidents des organisations de maîtres primaires:

«Le Comité cantonal a le devoir de présenter, dans un délai d'une année, des propositions de changements de structures ayant pour but de rendre plus efficace la conduite des affaires de la Société.»

»De la discussion animée qui suivit, il est ressorti que cette proposition comprenait deux parties:

1. Tout d'abord il s'agit uniquement d'inclure dans les statuts le Règlement N° 12 sur l'Organisation des enseignants primaires.
2. Dans une phase ultérieure, la Société des enseignants bernois doit réfléchir à sa structure interne et, si nécessaire, être réorganisée.

»Au début, il était évident que la première des deux tâches, soit l'inclusion du Règlement N° 12 dans les statuts, était relativement facile à résoudre. La restructuration de la SEB cependant prendra sensiblement plus de temps, surtout si une solution pratique doit être prévue, solution qui dépasse le simple jeu d'esprit.

»Une *commission des structures*, composée paritairement de représentants de l'Organisation des enseignants primaires, de la SBMEM et de la Société des maîtres de gymnase, s'est mise au travail et vous informera, lors de la prochaine Assemblée des délégués, de l'état de ses travaux. Vous ne devez cependant pas vous attendre à ce que la commission puisse vous présenter un ou plusieurs modèles définitifs.

»Aujourd'hui, le Comité cantonal est en mesure de vous présenter une proposition pour l'inclusion du Règlement N° 12 dans les statuts.

»Cette proposition se base sur une proposition commune «Commission des enseignants primaires–Comité directeur». Un document de travail du secrétaire central a constitué la base de cette proposition.

»La Commission des enseignants primaires et le Comité directeur se sont strictement limités à l'inclusion du Règlement dans les statuts. *Ils ont laissé le soin à la Commission des structures d'examiner les demandes et les vœux plus importants de l'Organisation des enseignants primaires et ceux d'autres organisations propres à des degrés d'enseignants.* Le travail de la Commission des structures ne doit pas se restreindre à quelques décisions mais il doit porter sur une discussion générale de toutes les solutions possibles, cela dans le cadre du mandat qu'elle avait obtenu.

»La proposition du Comité cantonal prévoit les modifications de statuts suivantes:

Art. 15 ...

h) l'Organisation des enseignants primaires

...

Art. 25 ..., le secrétaire central et le président de la commission primaire (ou son remplaçant) ont voix consultative et droit de proposition à l'Assemblée des délégués, ...

h) *l'Organisation des enseignants primaires*

*Art. 32*bis. L'ensemble des enseignants primaires de la SEB forme l'Organisation des enseignants primaires. Celle-ci défend dans le cadre de la Société les intérêts particuliers de l'école primaire, y compris ses enseignants. On la consultera avant toute décision concernant l'école primaire.

L'Organisation des enseignants primaires a le droit de soumettre des propositions à d'autres organes de la SEB. Elle élabore, à l'intention du Comité cantonal SEB, la prise de position du corps enseignant primaire. Elle a le droit d'inviter à ses délibérations des membres d'autres organes de la SEB et d'autres experts. Sur le plan cantonal, les affaires de l'Organisation des enseignants primaires sont traitées par la commission primaire. Son président ou son remplaçant prennent part avec voix consultative et droit de proposition aux séances du Comité cantonal et de l'Assemblée des délégués. Ils reçoivent du Secrétariat la même documentation que les membres du Comité cantonal. Le président de la commission primaire ne peut simultanément être président de l'Assemblée des délégués, du Comité cantonal ni du Comité directeur SEB.

Le budget de la SEB comprendra une rubrique destinée à couvrir les frais et jetons de présence de l'Organisation des enseignants primaires.

»Le Comité cantonal vous prie donc, chers collègues, d'approuver cette modification de statuts.»

Aucun délégué ne demandant la parole à ce propos, l'assemblée accepte à l'unanimité la proposition du Comité cantonal.

Amélioration de la formation des enseignants primaires

Le 1er octobre 1975, la Direction de l'instruction publique a institué un *groupe de travail pour une prolongation des études de maître primaire.* La SEB est représentée par quatre membres (une maîtresse primaire, un maître primaire, un maître secondaire et un maître d'école normale). En collaboration avec les deux experts désignés par la DIP, les directeurs d'école normale MM. Merazzi et Wyss, de Bienne, ont reçu mandat de donner leur préavis sur les rapports, documents de travail et propositions des deux experts et de fournir, à l'intention de la Direction de l'instruction publique, un rapport d'évaluation accompagné de propositions. L'«Ecole bernoise» N° 46 du 21 novembre 1975 a donné un premier aperçu de ces travaux de planification (l'information n'a paru qu'en allemand. *P. S.*). Sur proposition du Comité cantonal, *Kurt Kocher*, instituteur à Kien et membre du groupe de travail, apporte les informations complémentaires suivantes:

«Bien que membre du groupe de travail «Formation des enseignants primaires» mis sur pied par la DIP, je ne puis aujourd'hui vous faire part de nouvelles sensationnelles. J'essaierai de vous informer de l'état actuel de la planification et de vous inviter à une collaboration active.

«Selon la décision du Conseil-exécutif du 29 janvier 1975 concernant la planification des conceptions relatives à la prolongation de la durée des études des enseignants primaires, les directeurs des deux Ecoles normales de Bienne, MM. Wyss et Merazzi, ont été chargés de la responsabilité de l'élaboration du projet. Par diverses publications dans la «Feuille officielle scolaire», grâce à une enquête auprès du corps enseignant primaire et par différents contacts avec les organes dirigeants de la SEB,

nous avons pu en savoir plus de leur travail. Par l'élaboration d'une documentation contenant les résultats de toutes les consultations, le travail des experts est entré dans une nouvelle phase.

»Le groupe de travail «Formation des enseignants primaires» est encore très jeune et n'a siégé qu'une seule fois pour une séance d'information. La composition du groupe de travail et son mandat ont été publiés dans la «Feuille officielle scolaire» N° 12. On y mentionnait uniquement que la Société des enseignants bernois collaborait au groupe de travail avec deux représentants, la Société des maîtres au écoles moyennes et le corps enseignant des maîtres aux écoles normales avec chacun un représentant. Le groupe de travail donnera son préavis sur les rapports et les documents de travail des deux experts, et fournira un rapport d'évaluation et des propositions. La Direction de l'instruction publique attend ces propositions jusqu'au 30 avril 1976. Les documents élaborés par le groupe de travail seront ensuite soumis pour consultation à tous les cercles intéressés. Je suppose que la SEB sera comprise dans cette consultation.

»Dans la perspective de cette première consultation, qui devrait avoir lieu l'année prochaine, j'aimerais vous prier instamment, chers collègues, de veiller à ce que, dans chaque section et dans chaque école, on discute des problèmes de la formation des enseignants. Utilisez également, pour vous exprimer, l'«Ecole bernoise». J'aimerais également vous rendre attentifs à certains moyens qui existent pour former votre opinion: celui qui est effarouché par l'«épaisseur» du rapport d'experts «Formation des maîtres de demain», en abrégé, LEMO, trouvera une synthèse de ce rapport dans le N° 44 du SLZ (pour les collègues de langue française, la synthèse a paru dans le N° 1 du 9. 1. 1976 de l'«Educateur». *P. S.*). En plus des articles à paraître dans la presse corporative et dans la «Feuille officielle scolaire», deux numéros complets de la «Schulpraxis» traiteront cette année le problème de la formation des enseignants.

»Par cette réforme quelque chose d'important se joue, soit l'avenir de l'enfant et de son école. En tant qu'enseignants, nous occupons une position centrale. Bien que la planification ne soit pas faite pour l'école d'aujourd'hui mais pour celle d'après 1985, notre voix doit être entendue. Il est faux de prétendre que les opinions sont déjà faites et les positions bien arrêtées. La Société des enseignants bernois a encore tout à fait la possibilité de faire entendre sa voix et elle devrait saisir cette chance.»

Procédure de séparation entre la SEB et les sections du Jura-Nord lors de la création du canton du Jura

Dans la perspective des décisions que l'Assemblée des délégués d'avril 1976 devra prendre, le Comité cantonal a estimé utile d'informer les délégués des propositions qu'il a l'intention de lui soumettre en avril. Ces propositions ont été formulées sur la base de consultations sérieuses afin que les sections puissent en discuter cet hiver. *Markus Bürki*, président du Comité directeur, prend à nouveau la parole pour faire le point de la situation:

«Les différentes consultations populaires portant sur la création d'un canton du Jura sont passées et ce canton verra le jour d'ici quelques années. Nous devons accepter la décision politique qui est intervenue indépendamment de la position que nous défendons dans ce problème.

»La séparation du canton du Jura du canton de Berne créera des problèmes multiples. La Société des enseignants bernois sera directement concernée par cette séparation du fait que, dans le territoire du nouveau canton, on compte environ 500 enseignants actifs, membres de la SEB, et qui, de par l'existence du canton du Jura, quitteront notre organisation (ils doivent la quitter selon nos statuts).

»Les statuts de la SEB n'ont pas prévu une telle évolution. Seul l'article 10 prévoit qu'un membre individuel peut quitter la Société mais il perd toute prétention à la fortune de la Société.

»Cet article 10 ne peut être invoqué dans la situation spéciale dans laquelle se trouvent involontairement nos collègues jurassiens. Ils ne sortent pas de leur plein gré de la SEB. La décision a été prise sur la scène politique. (Les statuts de la SEB ne prévoient d'ailleurs pas que des enseignants en activité dans d'autres cantons puissent être membres de notre syndicat.)

»Le Comité cantonal unanime partage l'avis que le départ de nos collègues du Jura-Nord doit se faire dans des conditions empreintes d'esprit collégial, de telle sorte, qu'après la séparation, une collaboration entre la SEB (et en particulier les sections du Jura-Sud) et la Société des enseignants nouvellement fondée du canton du Jura soit possible.

»Le Comité cantonal prévoit en conséquence,

- d'apporter son aide, d'une façon concevable, au corps enseignant lors de la formation de son nouveau syndicat;
- de stimuler les travaux en vue de la séparation, de telle sorte que tout soit prêt avant que les passions politiques ne se déchaînent et que la discussion objective ne soit plus possible;
- de transférer au corps enseignant jurassien la part de la fortune de la SEB qui lui appartient, proportionnellement au nombre de ses membres, part qui servira à constituer un capital de fondation pour la nouvelle société des enseignants du canton du Jura.

»*A titre d'information*, le Comité cantonal vous donne connaissance de la décision qu'il a prise le 5 novembre 1975. Lors de l'Assemblée des délégués du 28 avril 1976 vous pourrez vous prononcer sur les dispositions transitoires prévues pour la procédure de séparation. Jusque-là, vous disposez de suffisamment de temps pour réfléchir à cette proposition et en discuter avec vos collègues.

»Le nouvel article 48bis des statuts a le libellé suivant:

Dispositions transitoires des statuts de la SEB

Art. 48bis

Lorsque le Jura-Nord deviendra un canton autonome, la SEB mettra à disposition de l'Association des enseignants de ce canton une partie de sa fortune nette (avoirs et dettes) correspondant au nombre des membres à pleins droits qui faisaient partie de la SEB dans cette région, à une date de référence à fixer ultérieurement, à condition que la nouvelle association soit ouverte au moins aux mêmes catégories d'enseignants que la SEB.

L'AD/SEB édictera un règlement; le Comité cantonal SEB constituera une commission paritaire chargée de l'élaborer et mettra à disposition de cette commission les experts nécessaires.

La commission paritaire comprendra 4 membres SEB du futur canton du Jura et 4 membres de la SEB restante (dont au moins un du Jura-Sud). Les 4 membres SEB seront nommés par le Comité cantonal SEB tandis que les sections du Jura-Nord (3) et le Comité central SPJ désigneront chacun un représentant. Le secrétaire central et le secrétaire-adjoint assisteront aux délibérations de la commission paritaire avec voix consultative.

Le mandat de la commission paritaire sera établi par le Comité cantonal SEB, d'entente avec le Comité central SPJ.

»Le Comité cantonal estime que, par ces dispositions transitoires élaborées d'entente avec la SPJ, une base pour une collaboration profitable lors de la procédure de séparation a été ainsi créée. Il vous prie donc de lui apporter votre collaboration.

»N'oublions pas non plus qu'environ 500 collègues du Jura-Sud font partie et continueront de faire partie de la SEB.

»Les collègues de langue française formaient de tout temps une minorité au sein du corps enseignant bernois. Avec le départ des collègues du Jura-Nord, cette minorité sera encore accentuée.

»*Former une minorité dans une grande majorité n'est certes pas une situation réjouissante, surtout lorsque le «plus fort» peut, par des décisions majoritaires, jeter aux oubliettes les droits tout à fait justifiés du «plus faible» en faveur de ses propres intérêts. La majorité assume une grande responsabilité pour la collaboration et la confiance réciproque qui doivent régner dans une société.*

»Sous peu, le Comité directeur prendra contact avec les représentants du corps enseignant du Jura-Sud, afin de discuter des problèmes en suspens. Dans un deuxième temps, le Comité cantonal vous fera des propositions concrètes en vue de trouver une solution aux problèmes de minorité (du Jura et des groupes d'enseignants).

»Il va de soi que ces problèmes doivent être envisagés sous l'angle du problème de structures générales de la SEB. La Commission des structures SEB devra également s'attaquer aux problèmes des minorités. Elle examinera en particulier la question de la protection des minorités et de leur représentation dans la direction de la Société et devra proposer à leur intention des solutions acceptables, pour que la réforme structurelle puisse atteindre son but, soit le renforcement de la SEB et l'accroissement de son efficacité vis-à-vis de l'extérieur.»

Election de suppléants de la SEB à l'ASE (SLV)

Jusqu'à présent, le nombre de délégués à l'ASE (SLV) étaient déterminé sur la base des membres cotisants. Dorénavant on tiendra compte du nombre total de membres, y compris les vétérans. Conséquence pour la SEB: le nombre de délégués passe à 31, soit 7 de plus. Pour le choix des délégués, l'Assemblée des délégués du 11 décembre 1974 a approuvé des directives qui valent également pour l'élargissement de la délégation SEB.

Le président cantonal Perren prie donc l'assemblée d'approuver la liste qui suit, ce qu'elle fait tacitement:

1. Perren Hans, président du Comité cantonal
2. Jutzeler-Luder Elsi, vice-présidente du Comité cantonal
3. Adam Hans
4. Ammann Charles
5. Baumberger Moritz
6. Bourquard Edmond
7. Bühlmann-Pulfer Dora
8. Bürki Markus
9. Chausse Pierre
10. Frey Hans Dr
11. Gerber Fritz
12. Grob Richard Dr
13. Grütter Hans
14. Hebeisen Alfred Dr
15. Imer Judith
16. Kurth Hans
17. Lienhard Gertrud
18. Lüdi Fritz
19. Marmet Hans-Rudolf
20. Meyer Eva, collaboratrice SEB
21. Neuenschwander Hans Rudolf Dr
22. Riesen Heinrich
23. Roggli Rosette
24. Ruef Heinz
25. Rychner Marcel
26. Schirm-Abbühl Myriam
27. Simon Paul, secrétaire-adjoint SEB
28. Spring Hans Rudolf
29. Streun Gottfried
30. Sury Fritz
31. Wullschläger Orest

Suppléants: De cas en cas selon les directives de l'Assemblée des délégués du 11 décembre 1974.

Modification des contrats avec certaines associations

Le secrétaire central *Marcel Rychner* rapporte sur ce point. Les contrats avec les associations des *maîtresses d'ouvrages* et des *maîtresses ménagères* prévoient depuis des décennies que les enseignantes de ces catégories, qui ont un poste complet ou presque, font partie de la SEB en tant que membres à part entière; les membres à programme partiel ne sont pas soumis à cette obligation mais paient au moins en tant que membres contractuels une cotisation qui se monte actuellement à 6 francs. Ils paient ce montant à leur association qui la restitue à la SEB. Il y a quelques années, ce montant représentait en gros un cinquième de la cotisation normale à la Caisse centrale; par la suite, il fut un peu augmenté. Il en va de même du contrat collectif avec les *jardinières d'enfants*, avec la différence que le contrat prévoit uniquement l'appartenance à une section et non pas l'appartenance à la SEB.

Actuellement ces associations ont recours aux services de la SEB dans une proportion plus forte qu'auparavant; les quelque 1000 membres contractuels ont également profité de la forte augmentation des traitements dès 1973; ils en sont redevables pour une bonne part à la SEB. Il se justifierait donc que leur cotisation indirecte à la SEB soit rétablie dans la proportion d'autrefois par une augmentation proportionnelle à celle des sociétaires à part entière. Les associations des groupements mentionnés plus haut ont donné par écrit au Comité cantonal leur accord concernant l'adaptation telle qu'elle est proposée.

«La contribution de l'Association (du Groupe) envers la SEB pour les membres qui, titulaires d'un poste, n'appartiennent pas à la SEB à pleins droits, sera fixée chaque année par les comités cantonaux. Elle s'élèvera à environ 20% de la cotisation des membres dont le degré d'occupation reste en dessous d'un tiers, les comités pourront fixer une cotisation réduite.

»L'adaptation à la norme de 20 % se fera par augmentations annuelles de 5 francs au plus. Dès l'été 1976, la cotisation passera de 6 francs à 11 francs.»

La parole n'est point demandée, si bien que l'assemblée accepte cette proposition à l'unanimité.

Admission de catégories d'enseignants encore incomplètement incorporées à la SEB

La prise en charge des frais de remplacement par l'Etat et la suppression de la participation des maîtres à ces frais a fait apparaître la crainte que la SEB deviendrait moins attractive et moins utile. Comme le mentionne le *secrétaire central*, différents groupes d'enseignants se sont pourtant intéressés aux nouvelles caisses de compensation du traitement. Ce sont pour la plupart des groupes qui jusqu'alors n'appartenaient pas à 100 % à la SEB (maîtres aux écoles professionnelles, maîtres des écoles normales, etc.). Selon la conception du Comité cantonal, l'admission de ces groupes et d'autres collègues devrait être facilitée par une procédure exceptionnelle et limitée dans le temps. La SEB devrait promulguer une sorte «d'amnistie», de telle façon que l'obligation de s'acquitter des cotisations arriérées conformément à l'art. 7, al. 5 soit suspendue pendant l'année 1976. A l'expiration de ce délai toutefois, les cotisations arriérées dues pour une entrée tardive (à l'exception de l'«Ecole bernoise») devraient à nouveau être payées. («Une telle amnistie ne peut avoir lieu qu'une fois tous les trente ans» estime le secrétaire central.)

A la suite de ces explications, l'assemblée autorise le Comité cantonal à élaborer des dispositions plus précises et à les communiquer aux groupements principalement concernés. Il appartient aux membres de rendre attentifs également les collègues isolés non membres de cette possibilité unique.

Dans les divers, *Hans Perren*, président du Comité cantonal, prend la parole. Il est suivi du Dr *Richard Grob*, directeur d'école secondaire, et de *Marcel Rychner*, secrétaire central. Tous trois évoquent alors

la situation sur le marché de l'emploi des enseignants (pléthore).

Au moyen de chiffres recueillis et assemblés par le SLV, le président cantonal SEB fait le tour des situations particulières à chaque canton (octobre 1975):

Zurich: La situation s'est normalisée concernant l'occupation des postes à l'école primaire.

Berne (partie alémanique): Des 478 nouveaux diplômés du printemps, 74 sont restés sans place.

Berne (partie francophone): Des 84 enseignants qui s'étaient mis à disposition en été, 34 sont restés sans place.

Lucerne: Tous les 281 nouveaux enseignants ont trouvé un poste (automne 1975).

Uri: 16 classes sont encore occupées par des maîtres auxiliaires.

Soleure: La pléthore sera de moindre importance et passagère.

Glaris: 2 postes sont encore occupés par des enseignants sans diplôme.

Bâle-Ville: Il faut compter avec une diminution du besoin d'enseignants. Jusqu'en 1982, environ 150 postes seront supprimés (diminution du nombre d'élèves).

Schaffhouse: Les 33 nouveaux diplômés du printemps dernier ont tous trouvé un poste.

Appenzell AR: Situation calme sur le marché de l'emploi.

Saint-Gall: 58 places sont encore occupées par des maîtres auxiliaires.

Argovie: 12 nouveaux diplômés demeurent sans place.

Thurgovie: 35 postes sont toujours occupées par des normaliens.

Tessin: Plus de personnel étranger en activité dans les écoles tessinoises (auparavant jusqu'à 100 enseignants italiens).

Grisons: Des 94 nouveaux diplômés, 9 resteront vraisemblablement sans place.

Hans Perren ajoute que pour la première fois depuis longtemps, on devra parler d'une pléthore d'enseignants dans le canton de Berne au printemps prochain. La SEB a fait part à la Direction de l'instruction publique de quelques propositions que les autorités pourraient adopter pour atténuer la pléthore (cf. «Ecole bernoise» du 7 novembre 1975). Pour nous maintenant, il s'agit de se poser la question suivante:

Que pouvons-nous faire? Que peuvent faire les membres de la SEB? Que peuvent faire les collègues des enseignants sans poste? Que peut faire la SEB?

MM. Oskar Anklin, inspecteur scolaire à Bienne, Georges Chapuis, autrefois instituteur au Noirmont et actuellement retraité à Porrentruy, et le Dr Richard Grob, directeur d'école à Berne (qui ont vécu tous trois la période de chômage des années trente), ont été priés de préciser et de compléter quelques idées déjà émises par le Comité cantonal. Les délégués recevront pour l'assemblée du 28 avril prochain des documents dans lesquels seront exposés diverses mesures possibles, des prestations de secours et des contributions financières. Perren s'adresse ensuite à chacun pour qu'il envoie le plus rapidement possible toute proposition intéressante au Comité cantonal.

Le Dr *Richard Grob* signale ensuite brièvement dans quelle direction iraient les propositions du groupe de travail. On cherchera à s'informer auprès des jeunes maîtres de ce qu'il y aurait lieu d'ajouter comme compléments aux mesures prévues. Parmi d'autres propositions en faveur des jeunes diplômés sans place, le Dr Grob parle d'une période de stage de deux semaines auprès d'un maître en fonction; au terme de ces deux semaines le maître titulaire pourrait suivre un cours de perfectionnement (4 semaines) pendant que le jeune collègue tiendrait seul la classe.

Le *secrétaire central Rychner* poursuit sur ce thème en parlant de

l'assurance-chômage et en faisant part aux délégués des projets de la SEB dans ce domaine. Lorsque la Loi bernoise sur le service de l'emploi et l'assurance-chômage sera entré en vigueur (1er mars) les enseignants (comme les autres citoyens) auront 6 mois pour s'affilier à une caisse. Il est prévu que chacun puisse entrer dans la caisse de son choix; en plus de 10 caisses publiques, il existe des douzaines de caisse d'associations ou d'entreprises. Ce serait toutefois un avantage si tous les enseignants, dans la mesure du possible, pouvaient entrer dans la même caisse. L'assurance-chômage devrait pouvoir être liée volontairement à l'appartenance à la SEB. La meilleure solution consisterait dans la conclusion d'un contrat avec une association qui soit proche de la nôtre. Des contacts sont pris actuellement avec une association. L'Assemblée des délégués du 28 avril 1976 pourra prendre alors une décision dans ce domaine.

Le président Fritz Gerber remercie les délégués – leur travail s'est fait avant tout chez eux grâce aux documents qu'on leur avait remis –, le Comité ainsi que le Secrétariat. Il souhaite à chacun d'heureuses fêtes de fin d'année et clôt les débats de l'assemblée peu avant 16 heures.

Le responsable du procès-verbal:
Hans Adam
Adaptation française: *Paul Simon*

Faut-il supprimer les doubles salaires?

L'avis du Comité central de la SPJ

Parmi les mesures envisageables pour lutter contre la pléthore, la suppression des doubles salaires est une de celles qu'on n'aborde qu'indirectement et avec beaucoup de circonspection. Après en avoir longuement délibéré, la position prise par le CC/SPJ est la suivante:

Au sujet des doubles salaires, il faut bien reconnaître que dans l'industrie, on n'a pas fait beaucoup de sentiment. Ce n'est toutefois pas une raison suffisante pour laisser l'Etat répéter les mêmes injustices. Toute intervention contraignante dans ce domaine est inacceptable.

Nous répétons que chacun a droit au travail, les femmes comme les hommes, quelle que soit leur position sociale. Ce n'est pas à l'Etat de décider du bien-fondé d'un double salaire.

Nous pensons que les collègues concernés sont assez sages pour se poser à eux-mêmes la question de la légitimité du double salaire, eu égard à leurs obligations et aux jeunes collègues sans travail. C'est une question de conscience qui ne doit être assortie d'aucune contrainte légale.

Il en va de même des heures supplémentaires autorisées par loi. Nous estimons qu'il appartient à chaque collègue d'en décider, selon sa situation personnelle. Là également, toute intervention étatique ne peut que conduire à des injustices.

Comité central de la SPJ

Mitteilungen des Sekretariates

Communications du Secrétariat

Besprechung vom 12. Februar 1976 einer Abordnung des Bernischen Lehrervereins mit der Erziehungsdirektion

Teilnehmer: von der ED die Herren Keller (Vorsitz), Müller, Kramer, Bratschi, Lanker, Riesen; vom BLV Hans Perren, Präsident KV; Judith Imer, LA; Hans Grütter, Präsident BMV; Pierre Ielmi, Präsident SPJ; Alfred Pfister, Präsident Bern-Stadt BLV; ZS Rychner und Adjunkt Paul Simon.

Entschuldigt: kurzfristig haben sich Herr Regierungsrat Kohler, Herr Jeanneret, Leiter der jurassischen Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Frl. Susi Meier, Präsidentin der Kindergärtnerinnen und Gottfried Wälti, Präsident des Bernischen Vereins für Handarbeit und Schulreform, wegen beruflicher Unabkömmlichkeit entschuldigen lassen.

Wahlfachunterricht

Fragestellung: Der KV BLV hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass der RRB Nr. 2113/1975 in Artikel 9 vorsieht, die Berechtigung zum Erteilen von Wahlfachunterricht könne auch in Kursen privater Trägerorganisationen und teilweise in der persönlichen Fortbildung erworben werden. Er befürchtet aber, praktisch ergebe sich ein Monopol der staatlichen Fortbildungsstellen in der Organisation solcher Kurse und in der Abgabe der zum Unterricht berechtigenden Ausweise. Der BLV beantragt, die ED solle die Kriterien schriftlich bekanntgeben, nach denen private Kurse anerkannt werden. Er fragt, ob die Finanzierung solcher Kurse im gleichen Rahmen stattfinden könne wie für Kurse der Zentralstellen. Ergänzend wird eine Begriffserklärung auf dem Gebiet Musikalische Grundschulung und Blockflötenunterricht, im Rahmen des Wahlfaches Instrumentaltechnik über die Rolle der Musikschulen gewünscht. Zu beachten sind die bereits viel zu zahlreichen Störungen des Unterrichts durch Abkommandierung von Schülern (lange Liste von Beispielen!).

Antwort der ED: Nach dem Primarschulgesetz Artikel 49 ist es Staatsaufgabe, die Lehrer für den Wahlfachunterricht auszubilden. Der RRB 2113/75 hat der ED den Auftrag dazu erteilt. Diese ist durchaus gewillt, andere Kursträger auf deren Wunsch beizuziehen. Für den Wahlfachunterricht ist eine besondere Ausbildung des Lehrers durch das PSG ebenso vorgeschrieben wie für den zusätzlichen Unterricht. Von 1979 an wird eine Spezialausbildung für die Erteilung von Wahlfächern unbedingt verlangt; es sind somit 600 bis 800 Lehrer auszubilden. Ein Vertreter der ED schildert die umfangreichen organisatorischen und planerischen Gesichtspunkte, die dabei zu berücksichtigen sind. Die ED sichert sich dazu die Dienste versierter Spezialisten, von denen die meisten amtierende Lehrer sind. Langfristig wird nach dem Baukastensystem vorgegangen, das dem einzelnen Lehrer die Absolvierung der Spezialausbildung stark erleichtert.

Die ED strebt kein Monopol an, doch verfügt ausser ihr niemand über den genügenden Apparat, um mehr als eine Teilverantwortung zu übernehmen. Im übrigen machen die Wahlfachkurse keine 10% des gesamten Kursangebotes aus. Die Kriterien für die Anerkennung eines Kurses können erst nach einer gewissen Anlaufszeit definitiv aufgestellt und bekanntgegeben werden. Bis dahin können aber Kursträger ihre Arbeit auf diesem Gebiet mit der ED aufgrund von Absprachen von Fall zu Fall leisten. Die Einführung von Wahlfachunterricht ist in erster Linie Gemeindesache. Eine gewisse Konkurrenz zwischen neueren Formen z. B. der Musikalischen Grundschulung und dem Blockflötenunterricht auf der Unterstufe wirkt belebend. Musikschulen sollen gemäss den von der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz zu erwartenden Empfehlungen den Instrumentalunterricht für Gymnasiasten übernehmen.

(Der ganze Bericht einer Arbeitsgruppe kommt demnächst zur Vernehmlassung und behandelt die Frage der Musik als Maturitätsfach generell.)

Zur Verlängerung der Sekundarlehrerausbildung

Fragestellung: Als Ende 1975 überraschend der Beschluss der Regierung bekannt wurde, das Studium der deutschsprachigen Sekundarlehrer um ein achtes Semester zu verlängern, schrieb der Leitende Ausschuss der ED, er begrüsse grundsätzlich jede Verbesserung der Ausbildung einer Mitgliederkategorie. Bei diesem Anlass wünschte er eine bessere Koordination der Arbeit der verschiedenen Gremien, die sich mit Lehrerbildung befassen, und regte an, bei nächster Gelegenheit die Kompetenzen für die Gestaltung der Ausbildung der Primarlehrerschaft ebenfalls dem Regierungsrat zu übertragen; der jetzige Weg über den Grossen Rat und gegebenenfalls über die Volksabstimmung sei zu schwerfällig. Auf drei Fragen des BLV

antwortet die ED,

a) sie habe den Brief des KV nie als Angriff auf die Sekundarlehrerausbildung verstanden und dies auch nie behauptet,

b) es hätten keine Vertreter der Primarlehrerschaft offiziell gegen die jetzige Verlängerung auf acht Semester protestiert, einzelne aber inoffiziell,

c) die bessere Koordination zwischen den verschiedenen Gremien, die sich mit Lehrerausbildung auf den verschiedenen Stufen befassen, sei aus rechtlichen und praktischen Gründen schwierig und jedenfalls nicht sofort zu verwirklichen. Die Ausbildung der Sekundarlehrer ist in einem Dekret des Grossen Rates geregelt, für die Studienpläne ist der Regierungsrat zuständig; die Ausbildung ist den beiden philosophischen Fakultäten anvertraut worden, weshalb das Gewicht der Universität gross ist. Die Wahl von Vertretern anderer Lehrerkategorien in die Ausbildungskommission für Sekundarlehrer setzt eine Dekretsänderung voraus, die nicht sofort erfolgen könnte.

Aus den weiteren Ausführungen der ED ergibt sich, dass die Absolvierung des 8. Semesters von der Ausbildungskommission zuhanden des Regierungsrates beschlossen ist; das Sekundarlehrerstudium wurde einerseits gestrafft, andererseits teilweise auf die Anforderungen des Lizentiates ausgerichtet, so dass das Weiterstudium eines Sekundarlehrers auf das Lizentiat und Doktorat, aber auch zum Gymnasiallehrerdiplom rationeller erfolgen kann. Damit ist der modernen Anforderung im Rahmen des Möglichen Genüge getan, die Ausbildung der verschiedenen Lehrerkategorien einander anzunähern. Die Rücksicht auf die Bedürfnisse der Schulen haben es allerdings verboten, die Wahl der Hauptfächer freizugeben.

Ein Mitglied der BLV-Delegation weist darauf hin, dass zuviel Koordination auch Schwerfälligkeit und Lähmung bedeuten könnte. Fortschritte lassen sich eher auf Teilgebieten und nacheinander als gesamthaft erzielen.

Die ED ist sich der Vor- und Nachteile bewusst; sie legt aber Wert darauf, die Ausbildung der verschiedenen Stufen nach Möglichkeit aufeinander abzustimmen und den beruflichen Aufstieg zu erleichtern. Soeben hat der Regierungsrat einen Beschluss gefasst, der den neu patentierten Primarlehrern den sofortigen Übertritt an das Sekundarlehramt gestattet; dieses Zwischenglied öffnet dem Primarlehrer den Weg zu weiteren akademischen Abschlüssen.

Vertretung der Minderheiten im BLV gegenüber der Erziehungsdirektion

Problemstellung: Es kommt immer wieder vor, dass Gruppen von Lehrern (Stufen- oder Fachverbände, Sektionen) den Wunsch haben, ihre Anliegen direkt mit der ED zu besprechen. Wenn dies unkoordiniert geschieht, ist die Einheit und die Schlagkraft des BLV in Frage gestellt. Ein Mittelweg besteht darin, dass die Auffassung des Gesamtvereins bzw. seiner Leitung der ED gleichzeitig mit derjenigen von Minderheiten bekanntgegeben wird.

Aus diesem Grund hat der LA Hans Grütter, Präsident des KV BMV, zu der heutigen Sitzung eingeladen, insbesondere wegen des Traktandums der Sekundarlehrerausbildung. Anderseits wurde Alfred Pfister, Präsident der Sektion Bern-Stadt, ebenfalls eingeladen, damit ein noch unerfüllter Wunsch seiner Sektion und ein noch nicht eingelöstes Versprechen der ED zur Sprache gebracht werden kann. Der Vorstand Bern-Stadt hat das Bedürfnis, verschiedene Fragen, die seine Sektion zwar nicht ausschliesslich, aber doch besonders treffen, direkt mit den entsprechenden Fachleuten der ED zu besprechen. Der LA sieht vor, in einer internen Aussprache abzuklären, welche dieser Fragen anlässlich früherer Besprechungen des LA mit der ED materiell bereits beantwortet worden sind, und allfällig übrigbleibende Traktanden auf die Liste der nächsten Audienz zu setzen. Die Sektion Bern-Stadt soll dann durch eine Delegation wiederum vertreten sein.

Antwort der ED: Sie hat Verständnis für die Probleme, die sich diesbezüglich der Leitung eines grossen und pluralistisch zusammengesetzten Verbands stellen. Sie will sich natürlich nicht in die internen Probleme des BLV mischen, ist aber daran interessiert, jeweils sowohl die Antwort des Gesamtvereins, als gegebenenfalls diejenige einzelner besonders betroffener Gruppen zu kennen. Sie wünscht, die Leitung des BLV möge in jedem Fall ihre eigene Stellungnahme bekanntgeben, auch wenn sie nicht in allen Dingen mit derjenigen der Untergruppen übereinstimmt. Bloss gebündelte Teilantworten sagen ihr zu wenig aus (Anspielung auf einen Einzelfall). Im übrigen seien die amtlichen Stellungnahmen, die auf parlamentarische Vorstösse oder auf gewisse Eingaben des Lehrervereins abgegeben werden, Antworten des Regierungsrates und nicht einfach der ED; die Standpunkte der Regierung und einer einzelnen Direktion und die Gewichtung der Argumente sind durchaus nicht immer identisch.

Die Stellung des BLV zur Primarlehrerausbildung

Ausgehend von einem Einzelfall wird festgestellt, dass gerade viele Mitglieder des BLV der irrtümlichen Auffassung sind, der Verein gebe eindeutig dem gymnasialen Weg gegenüber dem seminaristischen den Vorzug. Der LA kann dies nicht verstehen, da die Abgeordnetenversammlung vom 23. April 1975 sich mit 66 Stimmen gegen 22 Stimmen zugunsten des seminaristischen Weges ausgesprochen hat. Der KOLB-Bericht, der allerdings eher zur maturitätsgebundenen Allgemeinbildung hinneigt, war ausdrücklich als Diskussionsanstoss bezeichnet worden. Seine Modelle werden übrigens in der Arbeitsgruppe der ED neben anderen immer noch als nützliche Diskussionsbasis benützt. – Der LA wird dafür sorgen, dass die Mitglieder nochmals über die Stellungnahme der Abgeordnetenversammlung informiert werden. (Siehe Berner Schulblatt Nr. 10, Seite 103.)

Lehrerüberfluss,
Massnahmen zugunsten Stellenloser

Problemstellung: Seit dem letzten Gedankenaustausch ED–BLV hat die Leitung des Vereins vernommen, dass in verschiedenen Seminaren kaum ein Fünftel der demnächst Austretenden eine Stelle gefunden hat. KV-Präsident Perren, der LA und die von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe Grob-Anklin-Chapuis haben zahlreiche Anregungen zusammengestellt. Der Motion Grob wurde zwar durch den Grossen Rat die Dringlichkeit nicht zuerkannt, doch hat sich Erziehungsdirektor Kohler im persönlichen Gespräch die Anregungen im einzelnen darlegen lassen. Die Abordnung des BLV hält Sofortmassnahmen für unbedingt nötig und unterstützt mittelfristig die Motion Meinen (Abstimmung der Aufnahme in die Seminare auf den sorgfältig abzuschätzenden zukünftigen Bedarf). In erster Linie ist durch grosszügige Beurlaubung von Lehrern, durch Organisation von Fortbildungskursen für amtierende Lehrer usw. Arbeit für die jungen Kollegen zu beschaffen. Die neueste Anregung eines Inspektors zur Finanzierung einer Stellvertreterreserve wird als sehr interessant zur gründlichen Prüfung empfohlen. Es fehlt zudem an Logopäden, Legastheniotherapeuten, Spezialisten für Kleinklassen usw.; diese sollten nun zusätzlich ausgebildet werden. Den neu ins Seminar Eintretenden soll klar gesagt werden, dass sie dereinst nicht mit einer Anstellung als Lehrer werden rechnen können. Am Seminar sollte ihnen, auch wenn dies organisatorisch schwierig ist, Gelegenheit geboten werden, sich im Verlauf des Studiums umzustellen und sich unter Entlastung in pädagogischen Fächern auf andere berufliche Tätigkeiten oder auf ein Weiterstudium vorzubereiten. – Der Kantonalvorstand versteht, dass beim heutigen Mangel an kaufmännischen und gewerblichen Lehrstellen die vorhandenen Ausbildungskapazitäten angesichts der grossen aus der Schule austretenden Jahrgänge nirgends rigoros eingeschränkt werden können, auch nicht an den Lehrerbildungsstätten.

Antwort der ED: In einem Entwurf zu einem Arbeitspapier hat die ED die Lage festgehalten und eine ganze Reihe von vorgeschlagenen Massnahmen zusammengetragen. Dieses Dokument soll nach direktionsinterner Bereinigung in eine Vernehmlassung gegeben werden, auch beim Lehrerverein. Die Zahl der Stellenlosen dürfte diesen Sommer noch in Grenzen bleiben; umfassendere Massnahmen werden wohl im Spätherbst 1976 und auf Beginn des Schuljahres 1977/78 nötig sein, doch muss der Staat berücksichtigen, dass die Arbeitslosigkeit noch viele andere Berufe trifft. Auf den 1. April 1976 nimmt die Zahl der Primarklassen nochmals um ca. 45 zu. Bei extrem niedrigen Beständen konnten Klassenschliessungen nicht umgangen werden, doch ist die Zahl der neu eröffneten Klassen viel grösser.

Von allen Massnahmen, die bisher besprochen wurden, verspricht eine die grösste Effizienz: Die Lehrer, die eine erhebliche Anzahl Zusatzlektionen erteilen, können durch Abtreten eines Teils ihrer Lektionen (auch aus dem Grundpensum des obligatorischen Unterrichts) den Schulkommissionen ermöglichen, Teilstellen von 10, 15 oder 20 Lektionen an Junglehrer zu vergeben. Neben der finanziellen Unabhängigkeit würde dies den sonst Stellenlosen die willkommene Gelegenheit verschaffen, im Beruf zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln. So werden sie dem Beruf erhalten, und es bildet und erneuert sich eine gewisse Reserve im Hinblick auf den Ausfall eines ganzen Jahrganges bei Einführung eines 5. Ausbildungsjahres. Entlastungslektionen (für Schulleiter und ältere Kollegen) und andere Teile des Grundprogramms eignen sich besser zum Abtreten an Junglehrer als zusätzlicher Unterricht und Wahlfachunterricht, für den sie in den meisten Fällen nicht ausgebildet sind. Die administrativen Schwierigkeiten sollten bei gutem Willen überwunden werden können. Die Bereitschaft zu solchen Lösungen muss bei der Lehrerschaft und Schulbehörden auf Gemeindeebene bestehen; der zuständige Schulinspektor ist beizuziehen.

Die neuen Seminarklassen werden zirka um einen Viertel kleiner sein als in den letzten Jahren. Innerhalb zweier Jahre hat die Zahl der aufgenommenen Seminaristen bereits um 150 abgenommen. Zu weit kann die ED in der Drosselung nicht gehen, weil je nach der wirtschaftlichen Entwicklung wieder mit zahlreichen Abgängen von Lehrern in die Wirtschaft zu rechnen ist. Wie rasch die Lage ändern kann, beweist die Tatsache, dass im Schuljahr 1972/73 25 Seminarklassen im Landeinsatz waren, noch im Herbst 1974 deren drei. In Zeiten der Rezession ist eine gute Ausbildung für die Jugendlichen erst recht von Bedeutung. Es wäre falsch, auf die Stimmen zu hören, die durch Einschränkung der Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten Geld sparen wollen. – In den Seminaren noch mehr Wahlfächer anbieten, ist wegen der Überlastung der Schüler nicht möglich. Ein Ausscheiden der Seminaristen im Laufe der Ausbildung nach ihren zukünftigen pädagogischen Qualitäten ist sachlich sehr schwierig und rechtlich fast nicht durchführbar. Die Auslese unter den Patentierten muss den Schulkommissionen und Wahlbehörden überlassen bleiben.

*

Die Anwesenden sind sich über die Komplexität des Problems einig und vereinbaren, weiterhin engen Kontakt zu wahren und ihre Massnahmen aufeinander abzustimmen.

Dieser Bericht wurde den Teilnehmern an der Sitzung unterbreitet.

Der Berichterstatter:
Marcel Rychner, Zentralsekretär BLV

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue de Sommêtres 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co 1342 - 3001 Bern